

Pulsnitzer Tageblatt

Heftpreis 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz Bezirksanzeiger
Postfach-Konto Dresden 2188. Giro-Konto 146

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwanzeufiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Marktstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 145

Mittwoch, den 25. Juni 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Ueber das Vermögen des Textilwarenhändlers Otto Schmidt in Pulsnitz/Sa., Kurze Gasse 3, wird heute am 24. Juni 1930, vormittags 1/12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Der Buchhalter Richard Wendt in Pulsnitz wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 14. Juli 1930 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 21. Juli 1930, vormittags 9 Uhr — vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache absonderliche Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 14. Juli 1930 anzeigen.

Das Amtsgericht zu Pulsnitz, am 24. Juni 1930

Zur Abwendung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Martha Frida vhl. Gaudich geb. Hentschel in Großröhrsdorf, Inhaberin der unter der Firma August Hentschel in Großröhrsdorf betriebenen Wäsche- und Kleiderfabrikation und des unter derselben Firma betriebenen Schnittwarengeschäfts, wird heute am 24. Juni 1930, vormittags 9 Uhr, das gerichtliche Vergleichsverfahren eröffnet.

Termin zur Verhandlung über den von dem Schuldner gemachten Vergleichsvorschlag wird auf

Dienstag, den 22. Juli 1930, vormittags 9 Uhr vor dem Amtsgerichte Pulsnitz bestimmt.

Zur Prüfung der Verhältnisse des Schuldners und zur Überwachung seiner Geschäftsführung sowie der Ausgaben für die Lebensführung des Schuldners und seiner Familie wird der Buchhalter Kurt Breitenhorn in Großröhrsdorf als Vertrauensperson bestellt. Die Unterlagen liegen auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten aus.

Amtsgericht Pulsnitz, am 24. Juni 1930.

Das Wichtigste

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist gegen 21 Uhr 30 in Berlin zur Heimfahrt nach Friedrichshafen gestartet, nachdem die Gasauffüllung und die Betriebsstoffübernahme in kürzester Zeit beendet waren.

Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Rangoon wurden bei einem Kampfe zwischen mehreren Häftlingen des Zentralgefängnisses und der Militärpolizei 2 Wachposten, 2 Militärpolizisten, 1 Chauffeur und 40 Gefangene getötet. Verletzt wurden 11 Wächter und 60 Gefangene.

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten

Durst und Hitze.

Durst und Hitze gehören zusammen. Durch die erhöhte Außentemperatur wird der menschliche Körper überhitzt; da er indessen eine Überhitzung nicht vertragen kann, so sucht er sich dagegen durch vermehrte Wasserabgabe, d. h. durch Schwitzen und die durch die Verdunstung des Schweißes entstehende Abkühlung zu schützen. Infolge der vermehrten Wasserabgabe stellt sich dann bei uns Menschen das Gefühl des Durstes, d. h. der Wunsch nach Erfrischung der verlorengegangenen Flüssigkeit, ein. Selbstverständlich vermag das Trinken, insbesondere kalter Flüssigkeiten, das oft qualende Durstgefühl zu beseitigen, aber meist sündigen wir dabei nach zwei Richtungen. Einmal wird gewöhnlich zu viel getrunken, d. h. durch die Aufnahme großer Flüssigkeitsmengen wird nicht nur das momentane Durstgefühl beseitigt, sondern der Körper gezwungen, von neuem und in erhöhtem Maße Schweiß abzugeben. Das beste Mittel gegen den Durst wäre also, zu dursten. Da man solches aber natürlich niemandem zumuten kann, sei allen durstigen Seelen empfohlen, bei der Erfrischung des Durstes sparsam mit der Flüssigkeitsaufnahme zu sein. Auch vermeide man hastiges Trinken eisalter Getränke. Besonders, wenn der Magen leer ist, können eisalte Flüssigkeiten leicht Reizerscheinungen der Magenschleimhaut, Magen-Darm-Katarrhe u. dgl. mehr verursachen. Wichtig ist es, wenn schon eisalt getrunken werden muß, langsam und nur schlußweise zu trinken. Das billigste, bequemste Mittel zur Stillung des Durstes ist und bleibt natürlich Wasser, aber auch hier darf eine gewisse Vorsicht nicht außer acht gelassen werden; denn Wasser unbedenklicher Herkunft birgt nicht selten Krankheitskeime in sich, die zu Magen-Darm-Erkrankungen, ja selbst zu Typhus oder Paratyphus, führen können. Ueberdies ist der Genuß reinen Quellwassers im Gebirge. Von sonstigen durststillenden Flüssigkeiten sei besonders auf den Genuß von kaltem Tee oder Kaffee sowie auf die verschiedenen alkoholfreien Getränke, auf die durch gärungslose Fruchterverwertung hergestellten Obstweine u. dgl. verwiesen. Alkohol ist nicht nur an sich schädlich, sondern er bildet Wärme und ist auch deshalb zur Durststillung ungeeignet. Mit dem Genuß kalter Milch sei man im Sommer gleichfalls vorsichtig. Rohe Milch ist vom gesundheitlichen Standpunkte aus zu verwerfen.

Pulsnitz. Bei der Reichsbahn werden die Entschädigungsanträge aus dem Beförderungsvertrag über Reisegepäck, Expressgut, Güter und lebende Tiere wegen Verlustes, Minderung, Beschädigung oder Verspätungsüberbreitung von den großen Abfertigungsstellen zum Teil in eigener Zuständigkeit erledigt. Ab 1. Juli d. J. ist unter anderem auch der Bahnhof Pulsnitz ermächtigt, auf Anträge bis zum Betrag von 50 RM zu entscheiden, wenn an der Beförderung keine fremden Bahnen beteiligt sind.

Berschwärzte Krise

Nachführung des Kabinetts — Die Vorschläge des Minister Dietrich — Ueber 6 1/2 Milliarden Befugungskosten

Berlin, 25. Juni. Unter der Ueberschrift: „Berschwärzte Krise“ schreibt die „Germania“ zu den letzten Verhandlungen um das Deckungsprogramm und der Erklärung der Deutschen Volkspartei, daß sie auf ihrem bisherigen Standpunkt beharre, u. a.: Durch alle diese Vorgänge habe die Krise der deutschen Finanzpolitik eine außerordentliche Verschärfung erfahren und wenn nicht unverzüglich und mit aller Konsequenz gehandelt werde, dann bestehe die Gefahr, daß man in naher Stunde von einer Krise der deutschen Politik überhaupt sprechen könne. Das Kabinett sei sich dieser Gefahr bewußt. Es sei zum Handeln entschlossen und man dürfe annehmen, daß seine gestrige Sitzung in erster Linie dazu bestimmt gewesen sei, den Weg und die Methode dieses Handelns festzulegen. Wenn die Volkspartei aus der Regierung ausscheiden wolle, dann werde das Kabinett dies hinnehmen müssen, ohne außer Fassung zu geraten. Denkbar sei durchaus eine Regierung, die sich auch hierdurch nicht davon abhalten lasse, das zu tun, was im Interesse des Staates und der Ordnung unvermeidlich sei. Die Regierung habe eine Aufgabe, die erfüllt werden müsse. Wögen die parlamentarischen Verhältnisse in Reichsrat und Reichstag auch noch so schwierig liegen. Wenn jetzt zur Durchführung dieser Aufgabe die Frage eines Ermächtigungsgesetzes und auch die Anwendung des Artikels 48 erwogen werde, so darf man nur hoffen, daß uns dieser Weg erspart bleibe, daß er mit all seinen Konsequenzen sorgfältig geprüft und keine Möglichkeit außer Acht gelassen werde, die uns die Anwendung allerletzter Mittel erspare. Jedenfalls aber bestehe die dringende Notwendigkeit, sehr schnell entscheidende Beschlüsse zu fassen und es läge im allgemeinen Interesse, wenn das Parlament sich ihnen nicht verjagen würde.

Die Kabinettsberatungen über den Deckungsplan

Das Reichskabinett hatte am Dienstag vormittag eine zweistündige Beratung, in der der Reichskanzler dem Kabinett die Vorschläge unterbreitete, die er für die Abänderung der Deckungsvorlagen mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich vereinbart hat.

Der Reichskanzler hat noch einmal Dr. Dietrich das Reichsfinanzministerium angeboten. Dr. Dietrich hat sich zur Uebernahme unter der Bedingung bereit erklärt, daß er sich mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts über eine gewisse Abänderung des Programms von Dr. Moldenhauer einigen könne. Offenbar will der zum Reichsfinanzminister ausersehene Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichskanzler an dem Notopferplan festhalten, aber, wieder unter gewisser Abänderung der preussischen Vorschläge, den Notopferbeitrag von 4 auf 2 1/2 Prozent ermäßigen.

Gleich nachdem das Kabinett auseinandergegangen war, fand eine Fraktionsitzung der Demokratischen Partei statt, an der der Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich teilnahm, um seiner Fraktion ausführlichen Bericht zu erstatten. Es handelte sich dabei um die Frage, ob eine Basis gefunden werden kann, auf der es dem Reichswirtschaftsminister möglich ist, sein Amt aufzugeben, um das Reichsfinanzministerium zu übernehmen.

Nachführung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett trat zu einer Sitzung abends 8 Uhr zusammen, die bis in die späten Nachtstunden andauerte. Der bisherige Wirtschaftsminister Dietrich, der allgemein als der künftige Reichsfinanzminister angesehen wird, entwickelte sein Programm zur Sanierung der Finanzen. Die Lage hat sich insofern noch nicht geklärt, als der volksparteiliche Fraktionsführer Scholz dem Kabinett eine formulierte Stellungnahme seiner Partei überbrachte, die vorläufig noch geheim gehalten wird. Es steht indessen fest, daß der Gegensatz zwischen den Dietrich'schen Finanzwünschen und den Forderungen der Volkspartei fort dauert.

Die Vorschläge Minister Dietrichs

Berlin. In den eingehenden Besprechungen zwischen dem Reichskanzler Brüning und dem Minister Dietrich sind gewisse Abänderungen des Deckungsprogramms und vor allem des Notopfers erörtert worden. Dieses abgeänderte Deckungsprogramm steht nach dem „Börzen-Courier“ zunächst Abstriche im Etat in Höhe von 100 Millionen vor, wo bisher 50 bis 60 Millionen als Maximum bezeichnet worden waren. Der eine zeitlang erwogene Plan, den Fehlbetrag nicht voll abzudecken, ist fallen gelassen worden. Wohl nicht zuletzt auf Einwirkung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers. Dieser hält an der Auffassung Schachts fest, daß die schwebende Schuld des Deutschen Reiches in dem bisher vorgesehenen Maße abgetragen werden muß und diese Abtragung nicht neuerdings verzögert werden darf.

Die neue Form des Notopfers sieht folgende Regelung vor: Für die öffentlichen Beamten des Reiches soll von ihrem Bruttoeinkommen eine besondere Steuer von 3% nicht wie bisher beabsichtigt war von 4% — erhoben werden. Bis zu einem Jahreseinkommen von 2000 Mark sollen die Beamten von dem Notopfer befreit bleiben. Dazu soll eine 5%ige Erhöhung der Einkommensteuer für alle Einkommen über 8400 Mark im Jahr treten. Während früher eine 4%ige Besteuerung des Bruttoeinkommens bloß der Privatangestellten beabsichtigt war, wird also jetzt ein 5%iger Zuschlag auf die Einkommensteuer selbst erhoben. Dietrich will es bei der Bedigsteuer belassen, die 1% vom Bruttoeinkommen aller Unverheirateten betragen soll.

Ueber 6 1/2 Milliarden Befugungskosten

Berlin, 25. Juni. Aus einer amtlichen Zusammenfassung ergibt sich, daß die Kosten der Rheinlandbesetzung vom Inkrafttreten des Waffenstillstandes bis zum 30. Juni 1930 auf rund 6,6 Milliarden Mark belaufen. In diese Summe sind nicht einberechnet die persönlichen und sachlichen Aufwendungen des Reiches für die durch die Besetzung bedingten Reichsbehörden und sonstige Zuwendungen des Reiches für das besetzte Gebiet, wie sie in den Haushaltsplänen des laufenden und der vergangenen Jahre für kulturelle Fürsorge, Soargängerunterstützungen, Westprogramm usw. vorgesehen sind.



Pulsing. Eine äußerst wichtige Neuerung die Gründung einer Sterbekasse des Sächsischen Sängerbundes, soll für dessen Mitglieder, Sänger und Nichtsänger am 1. Januar 1931 als Gründungstag eingeführt werden. Die Begräbnisbeihilfe soll zunächst 200 Mark betragen. Bei normaler Entwicklung der Kasse besteht die Möglichkeit, ohne höhere Beitragslasten zu erhöhen. Der Jahresbeitrag soll auf 5 Mark festgesetzt werden. Sich sofort anmeldende Mitglieder sind von der Aufnahmegebühr befreit. Alle dem Sächsischen Sängerbunde angeschlossenen Gesangsvereine nehmen zu Gründungszwecken Beitragsverpflichtungen bis zum 1. Juli d. J. an. Die reichen Segen bringende Neuerung wird sicher allseitig Unterstützung finden.

Ladenschluß am Heiligen Abend. Den Mitteilungen der Handelskammer Zittau entnehmen wir: Da sich die Vorschriften des Gesetzes vom 13. Dezember 1929 über den Ladenschluß am 24. Dezember (Reichsgesetzblatt für 1929 Teil I Seite 219) für die Verkaufsstellen allenthalben als eine Beeinträchtigung des Weihnachtsgeschäfts erwiesen haben, haben die sächsischen Industrie- und Handelskammern eine gemeinschaftliche Eingabe an das sächsische Wirtschaftsministerium gerichtet. In dieser Eingabe bitten die Kammern das Wirtschaftsministerium, sich für eine Aenderung der jetzigen Regelung einzusetzen, und empfehlen, an Stelle des je nach der Art des Geschäfts für 5 oder 6 Uhr nachmittags vorgeesehenen Schlusses für alle Arten von Geschäften den Ladenschluß auf 6 Uhr abend festzusetzen. Zur Begründung haben die Kammern darauf hingewiesen, daß gerade die letzten Stunden des Heiligen Abends von großer Bedeutung für den Ertrag des ganzen Weihnachtsgeschäfts sind. Es hat sich auch herausgestellt, daß sich sehr zahlreiche Käufer erst im allerletzten Augenblicke zu einem Kauf entschließen und entschließen können, wenigstens soweit sie erst am 24. Dezember die Weihnachtsgüter erhalten und für Anschaffungen verwenden können. Bei der jetzigen ungünstigen Geschäftslage ist der Ausfall an solchen späten Einkäufen schwer empfunden worden, und die Geschäfte leiden mehr als sonst darunter, wenn sie ihre für den Weihnachtsverkauf angeschafften Waren nicht in dem gebotenen Umfang absetzen können.

Dresden. Herabsetzung des Dauerkartenpreises für die Internationale Hygiene-Ausstellung. Wie in jedem Jahr bei der Dresdner Ausstellung, so wird ab 30. Juni der Dauerkartenpreis auch für die Internationale Hygiene-Ausstellung wie folgt ermäßigt: Herrenkarten statt 20 Mark 15 Mark, Damenkarten statt 16 Mark 12 Mark, Karten für Jugendliche unter 20 Jahren, Studierende und Schwerkrankenbeschädigte statt 12 Mark 8 Mark, Karten für Kinder unter 14 Jahren statt 6 Mark 5 Mark. Die Ermäßigung wird umso mehr Anklang finden, als die Ausstellung erst im Oktober geschlossen werden wird.

Dresden. Beförderung des Oberregierungsrates Dr. Reuter. Obgleich eine offizielle Verlautbarung noch nicht erfolgt ist, steht fest, daß Ministerpräsident Schick den Oberregierungsrat Dr. Reuter zum Ministerialrat und Theaterregimenten im Volksbildungsministerium befördert hat. Ministerialrat Dr. Reuter soll sein Amt am 1. Juli antreten.

Dresden. Biersteuererhöhung. In der Stadtverordnetenversammlung wurde u. a. eine Erhöhung der städtischen Biersteuer entsprechend den reichsgesetzlich erlaubten Höchstsätzen beschlossen. Danach beträgt die Biersteuer in Dresden vom 1. Juli d. J. ab 1,2 Pf. für einen Liter Einfaßbier, 1,8 Pf. für Schaumbier, 2,4 Pf. für Vollbier und 3,6 Pf. für Starkbier. Auch die Genehmigungs- und Besichtigungsgebühr für eine Gebäudeeinheit soll von 20 auf 40 Pf. erhöht werden.

Dresden. Verjuchter Einbruch. Einbrecher verschafften sich Zutritt zu Geschäftsräumen in der Steinstraße. Sie versuchten, den Geldschrank aufzubrechen, sind dabei aber vermutlich gestört worden. Es wird angenommen, daß in dem Räume zwei Einbrecher längere Zeit gearbeitet und sich dabei stark mit Mische beschmutzt haben, was ihre Ergreifung erleichtern könnte.

Zwickau. Ein tüchtiger Wächter. Von der Kriminalpolizei war dieser Tage über einen versuchten Willeneinbruch berichtet worden, bei dem die Täter gestrichelt sein sollten. Jetzt stellt sich heraus, daß der Wächter den Vorwand erfunden hat, um eine Säumnigkeit zu verdecken.

Frankenberg i. Sa. Die Gefährlichkeit der Einpflanzungen. Vor einigen Tagen hatte eine hier wohnende 32 Jahre alte Weberfrau im Krankenhaus Aufnahme gefunden. Der Zustand der Kranken zwang zu einer Operation, nach deren Verlauf zur Behebung der Pulsstärkung eine Einpflanzung gemacht werden sollte. Die damit beauftragte Krankenschwester hat bei der Zusammenstellung des Präparats die Flasche verwechselt, so daß die Patientin statt einer Kochsalzlösung eine Sublimatlösung eingespritzt erhielt. Hierauf waren Vergiftungserscheinungen eingetreten, an deren Folgen die Frau gestorben ist. Ueber den Vorgang ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden.

Anschlag auf einen Eisenbahnzug.

Kurz vor dem Bahnhof Ammelsbain bei Brandis der Strecke Beucha-Dresden wurde auf den Geleisen ein Hindernis, bestehend aus etwa 40 Stück Chamottesteinen entdeckt, die noch rechtzeitig entfernt werden konnten, bevor ein Unglück geschah. Die Urheber dieses verbrecherischen Anschlags sind vorläufig unbekannt; auf ihre Ergreifung sind 500 RM. Belohnung ausgesetzt.

„Vogel in die Welt hinaus“.

Das Vogelneß unter dem Eisenbahnwagen. Auf dem Bahnhofe in Birkenhain-Eimbach stand längere Zeit ein Güterwagen, der dieser Tage nach Reßelsdorf verschoben wurde. Dort bemerkten Eisenbahnbeamte im Gestänge über den Rädern ein Vogelneß mit 4 munteren

Jungen, die die Fahrt mitgemacht und gut überstanden hatten. Sie wären sicher verhungert, wenn die Beamten sie ihrem Schicksal überlassen hätten. Aber sie nahmen die erste Gelegenheit wahr und brachten das Neß mit den hungrigen Mäulern wieder nach Birkenhain-Eimbach zurück in die Nähe des Platzes, an dem vorher der Wagen gestanden hatte. Kaum hatten sie das Neß niedergelegt, war auch das alte Hachtelchenpaar wieder da und setzte die Fütterung seiner Sprößlinge fort.

Die Eisenbahnstrecke Reichenberg—Zittau bereits in tschechischem Besitz!

Tschechischen Blättern zufolge ist die deutsche Reichsbahnstrecke Reichenberg—Zittau bereits in den Besitz des tschechischen Staates übergegangen. Verhandlungen seien bereits abgeschlossen und bedürfen nur noch der Genehmigung. Bekanntlich sind in den letzten Monaten in Sachsen wiederholt öffentliche Anfragen erfolgt, wie weit die Verkaufsverhandlungen gediehen seien. Es wurde geantwortet, es würde noch weiter verhandelt. Jetzt, da die Würfel gefallen sind, spricht man davon, daß man auch den Egerer Bahnhof, der sich noch im reichsdeutschen Besitze befindet, tschechisieren will.

Der Prinzgemahl der Niederlande auf der Hygiene-Ausstellung.

Der Prinzgemahl der Niederlande, Prinz Heinrich, Herzog zu Mecklenburg, besuchte in Begleitung des bekannten holländischen Hygienikers Dr. de Hartog die Hygiene-Ausstellung. Im Anschluß an die Besichtigung fand im engsten Kreise ein Frühstück statt, bei dem Präsident Dr. Krüger namens der Ausstellungsleitung die Gäste begrüßte. Er wies darauf hin, wie wertvoll die holländische Ausstellung des „Institutes für Tropische Hygiene“ sei und erinnerte daran, daß Prinz Heinrich der Niederlande in Dresden einen großen Teil seiner Jugend verbracht habe. Der Prinzgemahl antwortete, es sei zu bewundern, wie nach dem Kriege Deutschland durch seinen starken Aufbauwillen in der vordersten Linie stehe und dadurch dem Ausland ein Beispiel der Arbeitsamkeit gebe. Namens der Reichsregierung dankte Reichskommissar Dr. Rühl den holländischen Gästen für ihren Besuch. Das Königreich der Niederlande sei es gewesen, das als erster ausländischer Staat für Deutschlands Kolonialpolitik wieder eingetreten sei.

Amerikanische Gäste in Dresden.

Vom 24. bis 25. Juni wird der Deutsch-Amerikanische Bürgerbund mit etwa 60 Mitgliedern und vom 25. bis 28. Juni der Schwäbische Sängerbund aus New York mit 100 Personen in Dresden weilen.

Vom neuen Landtag.

Zusammentritt erst am 18. Juli?

Da die verfassungsmäßig vorgeschriebene Zeit für den Zusammentritt eines neugewählten Landtages eine frühere Einberufung nicht zuläßt, rechnet man in Regierungskreisen damit, daß der neue Landtag sich nicht vor dem 14. Juli wird konstituieren können.

Für eine margiftenfreie Regierung

Dresden. Ausgehend von der Tatsache, daß bei der letzten Landtagswahl das sächsische Volk den Willen nach einer margiftenfreien Regierung wieder klar bekundet habe, haben die Deutschnationale Fraktion und die Fraktion der Landvolkpartei an die übrigen nichtmargiften Fraktionen des Landtages ein Schreiben gerichtet, in dem sie für nächsten Sonnabend zu einer Besprechung über die Regierungsbildung einladen. Die einladenden Parteien halten eine margiftenfreie Regierung nach dem Wahlergebnis bei gutem Willen für möglich.

Bei der Besprechung der Ergebnisse der sächsischen Landtagswahlen weist der „Nationalsozialist“ darauf hin, daß rein rechnerisch eine antimargiftenfreie Regierung unter nationalsozialistischer Leitung möglich sei, da sie mit 51 Stimmen von insgesamt 96 eine Sicherung hätte. Aber diese rechnerische Möglichkeit lasse wesentliche politische Gesichtspunkte außer Acht, denn gerade die drei Demokraten bildeten das Rückgrat an der Waage. Aber so hätte die antimargiftenfreie Regierung mit 48 Stimmen nicht die notwendige Mehrheit, wobei immer noch Voraussetzung wäre, daß die beiden Mahraun-Leute vorbehaltlos mitmachen. Da der letzte Landtag gerade wegen der demokratischen Forderungen aufgelöst worden sei, erscheine es ausgeschlossen, daß heute die Demokraten sich dem nationalsozialistischen Diktat beugen würden. Aus diesem Grunde dürfe die Große Koalition die größere Wahrscheinlichkeit für sich haben, die auch für Deutschland die richtige Regierungsgrundlage bilde, denn die Jungparteien, denen das deutsche Volk allein seine Not, seine Arbeitslosigkeit, und seine Ausbeutung verdanke, sollten auch die Folgen ihrer Youngpolitik tragen, auf daß das deutsche Volk seine Feinde erkenne und mit ihnen abrechne.

Der Sozialdemokr. Pressedienst schreibt in einem Kommentar zu den Wahlen: „Man kann das Wahlergebnis deuten und wenden wie man will: Diese Wahl hat die Situation noch verworrenere gestaltet, als sie es ohnehin schon war. Was soll nun werden? Jemande Verwaltungsgovernment mit Tolerierung von Links und Rechts, wie sie schon vor der Auflösung des Landtags geplant war, die schlecht und recht die Geschäfte weiterführt, oder ein Experiment nach dem Vorbild von Thüringen? Vielleicht setzt sich angeichts des Zwanges der Lage nun wenigstens in diesem Landtage bei den Parteien die Einsicht durch, daß Länderparlamentarismus etwas anderes ist als Reichsparlamentarismus und daß eine Länderregierung im wesentlichen verwaltende Funktionen hat.“

Die ersten Anträge.

Die Kommunisten haben bereits am Tage nach der Wahl beschlossen, im Landtage vier Anträge einzubringen. In dem ersten Antrage verlangen sie den Sietentstundentag, für Bergarbeiter unter Tage den Sechstundentag. Im zweiten wird verlangt, den Beschluß des letzten Landtages, die gesamten Mittel aus der Mietzinssteuer für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, sofort durchzuführen. Im dritten Antrag werden 70 Millionen RM. für Beschaffung von Arbeit gefordert, und der vierte Antrag wendet sich gegen den Abbau der Gehälter der unteren und mittleren Beamten und gegen das Notopfer, verlangt aber, daß die Beamten- und Ministergehälter auf höchstens 8000 RM. festgesetzt werden.

Leihverkehr mit der Sächsischen Landesbibliothek in Dresden

Die Sächsische Landesbibliothek hat soeben ihren Bericht für das Rechnungsjahr 1929/30 abgeschlossen. Von besonderem Interesse ist, was über den Leihverkehr außerhalb Dresdens mit anderen sächsischen Städten berichtet wird. Bekanntlich hat die Landesbibliothek seit noch nicht allzu langer Zeit eine „Fernleihe“ eingerichtet, die sich ständig steigender Beliebtheit erfreut. (Für unsere Stadt hat die Stadtbücherei die Geschäfte des Leihverkehrs übernommen.) Jahr für Jahr nimmt die Inanspruchnahme dieser dankenswerten Einrichtung zu, im vergangenen Berichtsjahr ist die Benutzung um nicht weniger als 97% gestiegen. Gegen 14 000 Bände hat die Landesbibliothek nach auswärts verhandelt. Zugleich erscheint der neue, nunmehr zweite Katalog der jährlichen Neuerwerbungen, der durch die hiesige Leihverkehrsstelle bezogen oder dort eingesehen werden kann. Er enthält in übersichtlicher Anordnung über 7000 Titel neuer Bücher aus 52 Wissensgebieten, die im vorigen Jahre von der Landesbibliothek erworben worden sind und von dort gegen die übliche Bandgebühr von zehn Pfennigen entliehen werden können. — Es kann gesagt werden, daß die Bücherversorgung Sachsens durch den Leihverkehr bereits heute ein Kulturfaktor ist, der aus dem geistigen Leben Sachsens nicht mehr hinweggedacht werden kann. Zu hoffen ist, daß diese freisinnige Einrichtung der großen Bibliothek einen kräftigen Zuspruch findet und so von der Regsamkeit des geistigen Lebens ein erfreuliches Zeugnis ablegt.

Schule und Rheinlandbefreiung.

Das Ministerium für Volksbildung und das Wirtschaftsministerium erlassen folgende Verordnung: Der 30. Juni 1930 wird dem weitaus größten Teile des deutschen Rheinlandes endlich die Befreiung von fremder Besatzung bringen. Zwar sind klingende Feiern nicht am Platze, da das Saarland unter fremder Herrschaft bleibt und die Lasten der Verträge, die sich auf das Siegesdiktat von Versailles gründen, unser ganzes Volk schwer drücken. Aber die Bedeutung dieses Tages für das deutsche Land und Volk muß empfunden und vor allem der heranwachsenden Jugend recht zum Bewußtsein gebracht werden.

Das Ministerium für Volksbildung und das Wirtschaftsministerium ordnen deshalb an, daß alle Schulen während des Unterrichts in den Klassen vom 5. Schuljahre ab aufwärts am 1. Juli 1930 die Befreiung des Rheinlandes wirksam für die Jugend würdigen. Nötigenfalls sind Stunden für Deutsch, Erdkunde, Geschichte oder Staatsbürgerkunde auf diesen Tag zu verlegen. In den Klassen der Berufsschule, die am 1. Juli keinen Unterricht haben, ist der Befreiung am nächstfolgenden Unterrichtstage zu gedenken.

Tagungen in Sachsen.

Bundesposaunenfest.

Zu einem großen Erlebnis wurde für Dohrenstein-Ernstthal das 29. Bundesposaunenfest des Ev.-luth. Jungmännerbundes, zu dem aus Westsachsen nahezu 500 Bläser zusammengelassen waren. Nach vorhergegangener dreistündiger Hauptprobe entboten die Gäste ihren Gastgebern in einer eindrucksvollen Abendmusik ihren ersten Gruß. Zu gewaltigen evangelischen Kundgebungen gestalteten sich die Festgottesdienste. Im Mittelpunkt des Festes stand die Festversammlung mit Festansprachen vom Bundesvorsitzenden Domprediger von Kirchbach, Dresden, und Bundesposaunenmeister Pfarrer Abolf Müller, Dresden. Mit einer Abendmusik nahm das Fest sein Ende.

Berlängerung des Nothaushalts.

Die Regierungsparteien haben im Reichstag einen Gesetzesentwurf zur Verlängerung des Nothaushalts um einen Monat, also bis zum 31. Juli eingebracht.

Kürzungen am Etat des Auswärtigen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag mit den Beschlüssen des ständigen Unterausschusses über den Etat des Auswärtigen Amtes. Er bestätigte die Streichung der drei Etatspositionen für die Botschaften in Buenos Aires, Rio de Janeiro und Santiago. Die Streichung geschah gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten. Gestrichen wurde die Etatsstelle für eine deutsche Gesandtschaft in Tirana. Bewilligt wurde ein Konsulat. Bei den Vertretungen des Reiches im Auslande wurden an persönlichen Verwaltungsausgaben rund eine halbe Million Reichsmark gestrichen. An Auslandszulagen wurden 2 1/2 Millionen abgesetzt. Für einige Generalkonsulate wurden die Bezüge vermindert, wobei die Bezüge der jetzigen Inhaber erhalten bleiben sollen. Auch eine Reihe weiterer Abstriche wurde noch durchgeführt. Außerdem verlangte der Ausschuß eine genaue Zusammenstellung der Aufwendungen für die Auslandsbesoldung.

Ernährung aus eigener Scholle.

Beachtenswerte Anträge im Reichstag.

Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen, der Christlich Nationalen Bauern und der Bayerischen Volkspartei verlangen in einem Antrag an den Reichstag die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs von der Regierung, durch den die Arbeitslosen künftig einen Teil der Zuschüsse in Gutscheinen auf Roggenbrot, Karotteln und Milch erhalten sollen.

Die gleichen Parteien verlangen in Verbindung mit der Wirtschaftspartei und dem Zentrum die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs, durch den die Unternehmungen des Staates (auch Reichswehr und Marine), der Länder und Gemeinden verpflichtet werden sollen, ihren Bedarf an Lebensmitteln durch inländische Erzeugnisse zu decken.

Strengste Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt gefordert.

Breslau. Auf der Tagung des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages hielt Präsident von Wendelsohn eine Rede über die Wirtschaftslage Deutschlands. Der tiefe Niedergang der deutschen Volkswirtschaft sei zum wesentlichen Teile auch in schweren Fehlern der Innenpolitik begründet. Er zwingt dazu, alle Illusionen zu bannen und die Erfassung unserer Wirtschaft in immer höheren Kosten, besonders infolge einer weder der Konjunktur noch der Lebensentwicklung entsprechenden Lohnhaltung zu lösen, und so auch die Möglichkeit zu Preisentsetzungen zu schaffen.

Erste Voraussetzung aber sei eine überparteiliche, lediglich auf das Gesamtwohl gerichtete Finanzpolitik, die strengste Sparsamkeit zum Ausgleich des öffentlichen Haushalts anderen Erwägungen voranstellt und weitere steuerliche Hemmungen der Kapitalversorgung der produzierenden Wirtschaft unter allen Umständen vermeidet, weil dies dem ersten Erfordernis der Wirtschaft- und Finanzpolitik der Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsgang widersprechen würde. Nur eine solche, von stärkster Verantwortlichkeit und stärkstem Willen getragene, in sich geschlossene Politik des volkswirtschaftlich Notwendigen werde, so erklärte der Präsident, die trotz allem immer noch starken inneren Lebens- und Triebkräfte der deutschen Wirtschaft vor Vernichtung bewahren und wieder wirken lassen können.

Vor der entscheidenden Abstimmung im preussischen Landtag

Zu der im Preussischen Landtag bevorstehenden Abstimmung über den Haushaltsplan erklärt die Telegraphen-Union noch, daß Ministerpräsident Dr. Braun fest entschlossen sein soll, die Auflösung des Landtages durch einen Beschluß des bekannten Dreimänner-Kollegiums (Ministerpräsident, Landtagspräsident und Staatsratspräsident), herbeizuführen, wenn abermals die Verabschiedung des Haushalts nicht gelingt. Die Regierungsparteien sind jedoch der festen Zuversicht, daß die notwendige Stimmenzahl aufgebracht wird.

Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Schuldenabkommens.

Washington. Das vom deutschen Botschafter und dem amerikanischen Schatzkanzler im Schahamt unterzeichnete deutsch-amerikanische Schuldenabkommen sieht nach einer amtlichen Erklärung die Tilgung sämtlicher deutschen Verpflichtungen an Amerika in Gestalt der Rückzahlung der Kosten der amerikanischen Besatzungsarmee und der amerikanischen Schadenersatzansprüche vor, die von der Gemischten deutsch-amerikanischen Schiedskommission genehmigt wurden.

Nach dem Abkommen zahlt Deutschland an Amerika durchschnittlich 15,7 Millionen Dollar jährlich. Die Kosten für die Besatzungsarmee in Höhe von annähernd 220 Millionen Dollar werden innerhalb eines Zeitraumes von 37 Jahren getilgt. Die zu begleichenden Schadenersatzansprüche betragen rund 505 Millionen Dollar und werden innerhalb 52 Jahren beglichen. Das Abkommen ist bemerkenswert durch das Fehlen jeglicher „Sanktionen“. Amerika sieht die deutsche Zahlungsbereitschaft als genügende Tilgungsgarantie an.

Unverschämte polnische Hehe.

Lyd. Der bei dem letzten deutsch-polnischen Grenzzwischenfall in Proskien erschossene Pole wurde in Grajewo beerdigt. Der Geistliche und der Vertreter der Grenztruppe, die die Anreden hielten, führten u. a. aus, daß ein blühendes Menschenleben durch „ruchlose Mörderhand“ gefallen sei. Die Leute, die als deutschfreundlich bekannt sind, wurden gewarnt, sich auf der Straße zu zeigen. Die Behörde hat Plakate anbringen lassen, auf denen es ebenfalls heißt, daß „ein blühendes Menschenleben von ruchlosen Händen getötet worden sei“.

Moskau befiehlt Straßen-demonstrationen am 1. August.

Moskau. Das Präsidium der Kommunistischen Internationale hat an sämtliche kommunistischen Parteien in Europa und an die kommunistische Partei der Vereinigten Staaten Richtlinien über die Organisation der Straßen-demonstrationen am 1. August geleitet. Die kommunistischen Parteien werden darin aufgefordert, trotz der Demonstrationsverbote an diesem Tage in sämtlichen Städten Straßendemonstrationen zu veranstalten. Weiterhin sollen die kommunistischen Organe in den Ländern, wo sich der soziale Kampf sehr verschärft hat, die ihnen nahestehenden Gewerkschaften zum Generalstreik aufrufen. Besondere Richtlinien wurden der K. P. D. zum 1. August gegeben, weil nach Ansicht der Kommunistischen Internationale die jetzige wirtschaftliche Lage in Deutschland für die Entwicklung des kommunistischen Gedankens besonders günstig ist.

Das Präsidium des Vollzugskomitees der Kommunistischen Internationale hat die Führer der kommunistischen Parteien Manuilsky, Heinz Neumann (Führer der K.P.D.) und Cachin (französischer Kommunist) und Molo-

to w mit der Durchführung der Demonstrationen am 1. August in Europa beauftragt. Die Führung der Demonstrationen wird dem Westeuropäischen Büro der Kommunistischen Internationale übertragen. Die kommunistische Jugendinternationale hat beschlossen, zu den Demonstrationen am 1. August auch die Jugend heranzuziehen.

Die Schlesiensfahrt des „Graf Zeppelin“.

Berlin. Nachdem das Luftschiff „Graf Zeppelin“ mehrere tausend Kubikmeter Wasserstoffgas übernommen hatte, war es Dienstag zu seiner Fahrt nach Schlesien aufgestiegen. Die Schiffsleitung bestand aus den Kapitänen Lehmann, Schiller und Flemming. An Bord befanden sich 40 Passagiere, unter ihnen der Polizeipräsident von Breslau.

Die Fahrt ging über Fürstentum (8.55 Uhr) Guben (9.38 Uhr) und Kottbus (10.06 Uhr). Um 10.21 Uhr wurde das Luftschiff dann in Spremberg gestoppt. Eine knappe Viertelstunde später erfolgte über Görlitz der erste Postabwurf. Am Rande des Riesengebirges ging die Fahrt weiter. Um 12.18 Uhr wurde Schweidnitz überflogen und drei Viertelstunden später Reife. Am Nachmittag stattete das Luftschiff Gleiwitz — Hindenburg — Beuthen und der schlesischen Hauptstadt einen Besuch ab.

Zeppelin-Besuch verursacht einen tödlichen Unfall.

Schwerin. Als Anfang der Woche das Luftschiff „Graf Zeppelin“ unerwartet über Bülow erschien, scheuten plötzlich die Pferde eines Grundbesitzers in Neuenhagen, der auf dem Felde arbeitete, und gingen mit der Maschine durch. Der Hofbesitzer kam unter die Räder der Maschine und erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er bald darauf verstarb.

Aus dem Gerichtssaal.

Noch ein ungetreuer Bürgermeister.

Das Schöffengericht Freiberg verurteilte abermals einen Bürgermeister. Es handelt sich um den 35 Jahre alten früheren Bürgermeister von Mischütz b. Döbeln, Bruno Richard Müller, dem Amtsunterschlagung in Höhe von 3000 Mark und Betrug und Urkundenfälschung, durch die er 11 000 Mark erlangte, zur Last gelegt worden. Das Gericht verurteilte ihn unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis und Aberkennung der Befähigung zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von drei Jahren. Auf die Hälfte der Strafe ist dem Angeklagten Bewährungsfrist bewilligt worden, unter der Voraussetzung, daß er den finanziellen Schaden wieder gutmacht.

Revision im Gutmann-Prozess beantragt

Brenzlau. Der Verteidiger des von dem Schwurgericht in Brenzlau wegen Gattenmordes zum Tode verurteilten Zahnarztes Dr. Gwzmann, Rechtsanwalt Dr. Frey, hat gegen das Todesurteil Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Der Verurteilte hörte das Urteil und seine Begründung ohne sichtliche Erregung und mit unbeweglicher Miene an und unterhielt sich nach seiner Verurteilung lächelnd mit seinem Verteidiger. Er soll sogar tief geschlafen haben. In Brenzlau hatte man das Urteil allgemein erwartet. Vor dem Landgerichtsgebäude in der Baustraße bildeten sich zahlreiche Gruppen, in denen der Ausgang des Prozesses lebhaft besprochen wurde. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß das Gericht zunächst die Frage untersucht habe, ob der Angeklagte den Tod seiner Frau gewollt habe oder ob nur Körperverletzung mit tödlichem Ausgang vorliege.

Das Schwurgericht hat die Frage des Mordes bejaht.

Dr. Gutmann hat den Tod seiner Frau gewollt. Er hat ihr den Kopf eingedrückt und sie erwürgt. Dazu gehörte Zeit. Auch wenn der Angeklagte sehr erregt war, so sei es ganz unwahrscheinlich, daß er sich des Erfolges seiner Handlungsweise nicht bewußt war. Die zweite Frage sei gewesen, ob die Tat mit Ueberlegung durchgeführt worden ist. Das Schwurgericht hat auch diese Frage bejaht. Wenn der Angeklagte die Tat mit Affekt erklären will, so ist ihm das nicht zu glauben. Bei der Suche nach den Motiven seien zunächst die dauernden Geldsorgen Dr. Gutmanns zu berücksichtigen gewesen. Er wollte sich die Versicherungssumme verschaffen. Belastend für ihn war, daß er die Hausangestellte am Vormittag der Tat fortgeschickt hat, weiter das Gutachten des Oberarztes Dr. Weimann, aus dem hervorgeht, daß der ganze Vorgang bei der Tötung nur 2 bis 3 Minuten gedauert hat. Bei der Beiseitigung der Spuren der Tat hat der Angeklagte mit besonderer Sorgfalt gehandelt, woraus hervorgeht, daß er vollständig ruhig gewesen sein muß.

Die Berufungsverhandlung im Stinnes-Prozess

Berlin. Vor einer Strafkammer des Landgerichts I Berlin begann am Dienstag die Berufungsverhandlung gegen Hugo Stinnes jun. und Genossen wegen versuchten Betruges zum Schaden des Deutschen Reiches. In der ersten Instanz waren durch Urteil vom 24. Juli 1929 Hugo Stinnes, Erich Rothmann, Leo Hirsch und Joseph Schneid freigesprochen worden: von Waldow, der frühere persönliche Sekretär von Hugo Stinnes, und tschechoslowakische Kaufmann Bela Grojz waren zu vier Monaten Gefängnis, der Kaufmann Eugen Hirsch zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Angeklagten sind zur Stelle bis auf Eugen Hirsch-Paris, der schon der ersten Verhandlung ferngeblieben war, und Joseph Schneid, der geschäftlich in Amerika weilte.

Mit dieser Berufungsverhandlung wird von neuem ein Riesenprozess aufgerollt, der über ein Jahr das Gericht beschäftigt. Auf Grund des Kriegsanleiheablösungsgesetzes vom Jahre 1925 gelten nur diejenigen Kriegsanleihestücke als „Altbesitz“, die seit dem 1. Juli 1920 ununterbrochen in der Hand desselben Besitzers gewesen sind. Dieser Altbesitz wird vom Reich mit 12½ Prozent des Nennwertes aufgewertet, zu 4½ Prozent verzinst und in 30 Jahresraten zurückgezahlt. Für sogenannten Neubesitz, d. h. Stücke, die nach dem genannten Termin erworben sind, wird nur 2½ Prozent gegeben. Hugo Stinnes und Genossen sind beschuldigt, Betrügereien mit Kriegsanleihen versucht zu haben. Sie haben

massenhaft Neubesitz aufgekauft, als Altbesitz angemeldet und dadurch das Reich um Riesenmillionenbeträge geschädigt.

Kapitän Ehrhardt als Zeuge im Escherwonzensfälscherprozess. Im Berufungsprozess gegen die Escherwonzensfälscher wurde am Montag als erster Zeuge Kapitän Ehrhardt vernommen. Er erklärte, daß er im Jahre 1926 oder 1927 mit Karumidze in Verbindung getreten sei und auch von Karumidzes Absicht gehört habe, einen Aufstand in Georgien zu entfachen, die Sowjets aus dem Lande hinauszuerwerfen und so den Anstoß zum Sturz der Sowjetregierung zu geben. Der Zeuge erklärt dann, daß ihm gegenüber nur von der Idee gesprochen worden sei, daß Banknotenfälschungen auch ein politisches Kampfmittel sein könnten, dagegen sei nie die Rede davon gewesen, dieses Mittel im vorliegenden Falle anzuwenden.

Die Sowjets verhängen Todesstrafen. Die russische politische Polizei hat beim Obersten Staatsgerichtshof der Sowjetrepublik Usbekistan umfangreiche Schiedungen und Unregelmäßigkeiten aufgedeckt. In den Skandal sind die höchsten Mitglieder des Staatsgerichtshofes verwickelt. Gegen vier der Angeklagten wurde wegen passiver Bestechung die Todesstrafe verhängt.

„Roggenbrot erhält jung“ sagt Hindenburg.

„Ich ist nicht ein alter Mann mehr. Alles einem gesunden Körper zu sein, sich ist nicht möglich auf den Weg mit Roggenbrot zu gehen. Ich ist nicht ein alter Mann mehr.“

von Hindenburg

Aus aller Welt

Schwere Gewitterschäden in Mecklenburg

Schwerin. Anfang der Woche zogen schwere Gewitter über Mecklenburg. In Schmilde wurde ein Stallgebäude durch Blitzschlag eingestürzt. In Gutow bei Güstrow wurden durch Blitzschlag eine Scheune und ein Viehhaus vollständig eingestürzt; größere Vorräte sind mit verbrannt. Im Dorf Selow entzündete der Blitz die Scheune und ein Viehhaus eines Landwirts. Beide Gebäude wurden vollkommen von den Flammen vernichtet, das Vieh ist zum Teil mit verbrannt. In der Kolonie Schön bei Waren wurde ein Wohnhaus durch einen Blitzschlag vollständig eingestürzt, das Inventar verbrannte restlos. In einem Dorf bei Waren wurden zwei Viehhäuser ebenfalls durch Blitzschlag vernichtet. Auf dem Gute Sophienhof bei Tessin fuhr ein Blitz in die Feldscheune, die bis auf die Ringmauern abbrannte. 200 Zentner Haferstroh und mehrere Schweine sind verbrannt.

Auf dem Friedhof zu Güstrow wurde eine weibliche Person unter einer Linde tot aufgefunden. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um die 34 Jahre alte Kontoristin Frieda Hillmann aus Hamburg, die sich besuchsweise im Güstrow aufhielt. Sie war auf dem Friedhof von einem Gewitter überrascht worden und unter der Linde vom Blitz getötet worden.

Fünf Zuchthäuser aus der Strafanstalt Gollnow entflohen. Nachdem bereits vor einigen Tagen drei Zuchthäuser aus der Strafanstalt Gollnow entflohen waren, sind jetzt noch zwei weitere entkommen, der Arbeiter Müller und der in Polen geborene Bernhard Lippowski. Ein Wächter stellte den geflüchteten Lippowski bei Wangenriß. Es kam zu einem Kampf, bei dem der Beamte den Gefangenen aber an Kräften unterlegen war, so daß Lippowski entkam.

Sechs Tage und Nächte mit gebrochenen Beinen in einer Riesgrube. Der 27jährige Schreinermeistersohn Moos Rubenbauer aus Augsburg fiel auf einem nächtlichen Spaziergang in eine abseits von jedem Verkehr gelegene Riesgrube in der Umgebung von Augsburg. Er brach sich beide Beine und konnte sich nicht mehr aus der Grube herausarbeiten und lag so sechs Tage und sechs Nächte in Schmerzensqualen im heißen Sonnenbrand, ehe er durch Zufall aufgefunden wurde.

Blutige Arbeiterunruhen in Siebenbürgen. In der Baumwollfabrik von Bohus in Siebenbürgen kam es zu blutigen Unruhen. Etwa 2000 Arbeiter zogen vor die Fabrik und verlangten stürmisch eine Lohnerhöhung. Es kam zu Zusammenstößen mit der Gendarmerie, die in die Menge eine Salve abgab, wodurch 60 Personen schwer und 40 leichter verletzt worden sein sollen.

Abendlicher Weinausschank an ungarische Soldaten. In den nächsten Tagen wird ein Erlass des ungarischen Landesverteidigungsministers Gombos erscheinen, wonach die Soldaten jeden Abend zwei Deziliter Wein erhalten sollen. Dies würde einen Verbrauch von 30 000 Hektoliter im Werte von einer Million Pengö bedeuten. Der Erlass soll dem in schwerer Notlage befindlichen Weinbau zu Hilfe kommen.

Ein norwegisches Walfangschiff verschollen. Das Walfangschiff „William Booth“ aus Hammerfest wird von seiner Reederei verlorengelassen. Das Schiff dürfte an der Ostküste Grönlands gekentert sein. An Bord befanden sich vierzehn Mann. Trotz eifrigster Nachforschungen hat man noch nicht die geringste Spur des Schiffes finden können und hat nunmehr alle Hoffnungen aufgegeben.

Für sechs Millionen Mark Rauschgifte beschlagnahmt. Die Zollbehörden in Marseille beschlagnahmten 1100 Kilogramm Kokain, Morphin sowie andere Rauschgifte an Bord eines italienischen Schiffes. Der Wert der Sendung soll sechs Millionen Mark betragen.

Wieder 15 Todesopfer der Hitze in Amerika. In Chicago herrschte eine Hitze von 41 Grad Celsius. In den Staaten des mittleren Westens hat die Hitzewelle 15 Todesopfer gefordert.



Fahnen-Weihe

des Turnvereins Pulsnitz M. S. (D.T.) e.V.

verbunden mit Probe-Turnen des Bezirks „Am Schwedenstein“ des Meißner Hochlandturngaues am 28. und 29. Juni 1930 in Pulsnitz M. S.

Sonnabend:

Begrüßungsabend mit Weihe der Fahne in Menzels Gasthof

Sonntag:

Weckruf, Wettturnen, Volkstänze, Spiele, Schau-Wassersprünge auf d. Sportplatz. 1 Uhr Festzug durch den Ort. Hierzu ladet alle herzl. ein
TURNVEREIN PULSNITZ M. S.



Von dem Lager der im Konkurs befindlichen Wäschefabrik „Sazonia“ in Pulsnitz sollen

Rockstoffe, Flanelle, Barchente, Kessel, Stangenleinen, Kleiderstoffe, seidene Trikots u Zephir

in geschlossenen Posten zum Verkauf kommen. — Ernstliche Reflektanten wollen sich bei dem Unterzeichneten melden.
Rechtsanwalt Reßler, Pulsnitz als Konkursverwalter.

Ober-Gasthof Bischheim

Sonnabend, den 28. Juni, ab 8 Uhr abends
großes Garten-Freikonzert
ausgef. v. d. Orchester-Vereinigung Bischheim
anschl. Sommernachts-Ball

Treue Freunde

sind Westermanns Monatshefte jedem Gebildeten, jedem, der einmal Zeitschriften liest, in Inhalt und Ausstattung von keiner Seite übertroffenen Monatshefte geworden ist. Wer Sinn für kulturelle Werte hat, der greife zu den ausgezeichneten Hefen. Gute Romane und Novellen namhafter Verfasser geben zusammen mit den bunt und einfarbig bebilderten Aufsätzen mannigfache Unterhaltung und Anregung. Jedes Heft kostet 2 Mark. Als ein Bestandteil der Hefen wird ein Atlas in monatlichen Teillieferungen geboten.

Ein Probeheft von Westermanns Monatsheften wird Ihnen bei Einfindung von 30 Pf. für Porto durch den Verlag Georg Westermann, Braunschweig, ohne irgendeine Verpflichtung für Sie zugesandt.

Name:
Beruf:
Adresse:

**In keiner Familie fehle die
heimatliche Zeitung:
das „Pulsnitzer Tageblatt“**



Einschneidende Minderungen im Kriegsbeschädigtenrecht.

Die von der Reichsregierung vorgelegten Novellen zum Reichsversorgungsgesetz und zum Verfahrens-gesetz sind im Reichsrat verabschiedet und dem Reichstag zur beschleunigten Erledigung zugegangen. Ueber den wesentlichen Inhalt der beiden Novellen teilt der Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen des Deutschen Reichskriegerbundes „Kriegerhäuser“ folgendes mit:

Neben einigen Minderungen, die die Durchführung der Heilbehandlung durch die Krankenkassen betreffen, bringt die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz in erster Linie

scharfe Sperrfristen.

Hierdurch soll den Kriegsteilnehmern mit Wirkung vom 1. April d. J. unmöglich gemacht werden, noch neue Leiden als Folgen einer Kriegsbeschädigung mit einem Rechtsanspruch auf Rente geltend zu machen. Die Sperrfrist soll auch auf Rentenansprüche wegen Verschlimmerung eines anerkannten Dienstbeschädigungsleidens ausgedehnt werden, für das am 1. April d. J. Rente nicht bezogen wurde. Die große Zahl der bisher abgefundenen Kriegsbeschädigten mit einer Erwerbsbeschränkung von 20 v. H. und weniger soll demnach bei Verschlimmerung ihres Leidens nur noch einen Kann-Anspruch auf Wiedergewährung der Rente haben. Schließlich sollen die für Kriegerwitwen gewährten Kinderzuschläge auf das Waisen-geld angerechnet werden.

Durch die Novelle zum Verfahrens-gesetz bezweckt die Reichsregierung vor allem eine Vereinfachung und dadurch eine Verbilligung und Beschleunigung des Spruchverfahrens vor den Versorgungsgerichten. Diesen Zweck hofft sie zu erreichen durch wesentliche Erweiterung der Befugnis der Kammer- und Senatsvorsitzenden, Einzelfälle durch schriftliche Verfügung ohne mündliche Verhandlung zu erledigen, sowie durch eine erheblich weitere Einschränkung des Rechts, gegen die Urteile der Versorgungsgerichte das Reichs-versorgungsgericht im Rekursverfahren anzurufen. So soll z. B. der Rekurs ausgeschlossen sein in Fällen, bei denen es sich handelt um Heilbehandlung, Hausgeld, Sterbegeld, Elternrente, Beamten-schaden, alle Zulagen wie Ausgleichs-, Pflegezulage usw. Ferner erhält die Novelle zum Verfahrens-gesetz noch eine sehr einschneidende Maßnahme, wonach

ein abgelehnter Rentenerhöhungsantrag erst nach Ablauf von fünf Jahren mit dem Recht auf Berufung wiederholt werden kann. Schließlich muß einem Antrag des Beschädigten, einen bestimmten Arzt seines Vertrauens zu hören, hinfällig werden, wenn schon beim Versorgungsamt Rechnung getragen werden. Bei den Gerichten muß dieser Antrag jedoch vor der mündlichen Verhandlung gestellt sein.

Die im Reichsausschuß vertretenen Organisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen hoffen darauf, daß der Reichstag vor Verabschiedung der beiden Gesetze einige zweifellos in diesen enthaltene Härten mildern wird.

Decht-Bericht des Pulsnitzer Tageblattes

Dresden, 25. Juni, 13 Uhr. T.-U.

Kingsford Smith notgelandet

Newyork. Das „Kreuz des Südens“ ist 12 Uhr mitteleuropäischer Zeit bei Harbour Grate notgelandet.

Stadt-Bad Wasser-Temperaturen am 24 Juni
23 — 25 — 26 Grad Celsius

Landeswetterwarte Dresden

(Nachdruck verboten)
Zeitweise aufsteigende Winde aus westlicher Richtung, mäßig, vorübergehend auch stärker bewölkt, etwas Temperaturabnahme, Gewitterneigung, sonst höchstens vorübergehend leichte Niederschläge.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß entschlief nach schwerer Krankheit im Diakonissenhaus zu Dresden Dienstag vormittag 1/11 Uhr unsere geliebte, allzeit für das Wohl ihrer Kinder besorgte, unvergessliche, herzengute Mutter, liebe Schwester, Schwägerin und Tante, herzliebes Großmutterl

Frau Rosa verw. Borsdorf

geb. Zimmermann

nach vollendetem 67. Lebensjahre.

In tiefstem Weh

Pulsnitz, Leipzig, Dresden,
den 25. Juni 1930.

Johannes Borsdorf

zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Einäscherung unsrer teuren Entschlafenen erfolgt Freitag, den 27. Juni, vormittags 1/12 Uhr im Krematorium Dresden-Tolkewitz.

Matjes-Heringe

frisch eingetroffen.

Erich Diebel, Pulsnitz M. S.

Prima Senftenberger

Briketts

in all. Formaten liefert prompt

H. Herzog

Bischheim-Gersdorf

Lesen Sie

Meisters Buch-Roman!

Wovon man spricht.

Mord wegen eines „Kraachs“? — Der temperamentvolle „Sepp“. — Ein Unternehmer, der Angestellter sein will. — Eine Binzenwahrheit für Kassierer und Finanzminister.

Es gab einen Theaterdirektor, der bei jeder Generalprobe „Kraach“ schlug. Und wenn sich die Schauspieler die blutigste Mühe gaben — der Herr Theaterdirektor mußte sich austoben. Einmal überschüttete er einen völlig unschuldigen Schauspieler mit einer Flut seiner Schimpfreden. Als dieser sich auflehnte und den Direktor beleidigt fragte, was ihm denn eigentlich einfallen, entgegnete dieser nicht minder beleidigt: „Sa, Menschenkind, wissen Sie denn nicht, daß heute Kraach ist?“ Es gibt Menschen, die das Recht gepachtet zu haben glauben, bei jeder Gelegenheit „Kraach“ zu schlagen. Es kann sich um die harmlosesten Vorfälle, um die wichtigsten Kleinigkeiten handeln — sie müssen dennoch um jeden Preis mit einem Donnerwetter aufwarten, die Türen zuschlagen, mit der Faust auf den Tisch schlagen. In der Familie Gutmann gab es Kraach der Kartoffelpuffer wegen. Dies genügte einem Jähzornigen, seine Frau zu erdroffeln! Unabhängig davon, ob das Gericht in Prenzlau die Tat als überlegten Mord oder Todschlag im Affekt wertet, muß man leider die vom Angeklagten geschilderten häuslichen Verhältnisse für durchaus glaubwürdig halten, kehren doch diese Verhältnisse in vielen Ehen wieder. Wie kleinlich ist doch oft der Anlaß zu einem häuslichen Kraach, der die Eheleute entfremdet und den Händstock zu Ausbrüchen der Leidenschaft, der Wut und des Hasses abgibt! Nicht jeder wird zum Mörder im Sinne des Gesetzes, aber die wiederholten bösen Auftritte morden das eheliche Glück und vergiften die Seelen der Kinder. In einem Falle sind es die Kartoffelpuffer, im anderen die angebrannte Suppe, im dritten das Zuspätkommen zum verabredeten Treffpunkt, im vierten ein winziger Aschehaufen auf dem Teppich — und schon gibt ein Wort das andere, schon glaubt man beim besten Willen keinen anderen Ausweg aus der Lage finden zu können als durch einen „haus-hohen Kraach“. Man irrt sich gewaltig, wenn man annimmt, derartige häusliche Gewitter zögen wie ein erfrischender Regen

vorüber und rißten kein weiteres Unheil an. Nicht jeder sieht natürlich, nachdem die Wut über die Kartoffelpuffer vorüber ist, seine Frau am Boden verröcheln; es gibt aber auch einen feilschen Mord, der den Täter oft nicht weniger belastet als eine Bluttat.

Unser „Sepp“ ist also doch noch nicht ein so zahmes und gehorsames Verkehrsmittel wie ein Döbtföfchen oder ein alter Droschengeaul. In Hamburg hatte man ihn anscheinend nicht fest genug „an die Kette“ gelegt. Der Riesen-vogel riß sich plötzlich los und wippte ein paar Menschenlein, die krampfhaft an den Haltetauen zogen, gehörig in die Luft, so daß sie recht unjanst auf die Erde purzelten. Man hat ja bereits von Fällen gehört, wo ein Seil der Haltemannschaft von Luftschiffen hoch in die Lüfte entführt wurde und eine Fahrt auf Tod und Leben mitmachen mußte, in der furchtbaren Angst schwebend, entweder abzustürzen oder beim Landen zu Tode geschleift zu werden. Aber deswegen wollen wir beileibe nicht uns Mühe geben, das Gruseln zu erlernen. Wenn es unser Geldbeutel gestattete, würden wir doch allesamt uns nur zu gern diesem wundervollen König der Lüfte anvertrauen. Daß wir nicht den Geldbeutel dazu haben, ist gewiß schlimm. Schlimmer noch muß es aber sein, wenn man das Geld dazu hat und mit der Fahrkarte in der Hand zusehen muß, wie der „Sepp“ verdunstet, ohne daß man mitgenommen wird. So erging es einigen Passagieren, die sich schon auf die Luftfahrt Hamburg-Berlin im „Sepp“ gespitzt hatten und vom bösen Ausreißer glatt „verjagt“ wurden. Wenn man für sein Geld nichts hat, so ist es mindestens ebenso schlimm, wie wenn man überhaupt kein Geld hat. Das sei unser Trost, wenn wir vornehmlich diejenigen beneiden zu müssen glauben, deren Geldtase dicker als die unsrige ist, wozu wir ja hinreichend Gelegenheit haben.

Es ist ein gutes Zeichen, wenn man nach Selbständigkeit strebt. Besonders im kaufmännischen Berufe wird jeder Tüchtige danach trachten, sein eigener Herr zu sein. Für ein Volk ist es geradezu ein soziales Lebensbedürfnis, möglichst vielen den Aufstieg zur wirtschaftlichen Selbständigkeit zu ae-

wahren. Es muß daher als das Zeichen einer schweren Krise und völlig ungezunder wirtschaftlicher Verhältnisse betrachtet werden, wenn dieses Streben nach Selbständigkeit erlahmt. In Berlin rückte ein Geschäftsinhaber eine Anzeige in die Zeitungen ein, worin er erklärte, er verschrenke sein Geschäft an denjenigen, der es fortführe und ihn als seinen Angestellten ins Geschäft nehme. Das erinnert an eine Anekdote aus dem Wilden Westen. Ein Farmer, der auf einer Ede Farm saß, konnte nur einen einzigen Knecht beschäftigen. Er hatte nicht einmal so viel Geld, diesen einen Knecht zu entlohnen. Der Knecht arbeitete daher so lange, bis er Eigentümer der Farm wurde. Nun wurde der Farmer Knecht des neuen Eigentümers. Da die Farm auch weiter keinen Ertrag brachte, konnte der neue Eigentümer den Knecht nicht bezahlen, und jetzt arbeitete dieser ohne Lohn so lange, bis er die Farm erarbeitet hatte. So ging das Spiel in die Unendlichkeit fort. Diese Anekdote ist an vielen Orten Deutschlands bittere Tatsache geworden: wenn der selbständige Unternehmer ohne Gewinn arbeiten muß, wenn er auf Selbständigkeit und Selbstverantwortlichkeit verzichtet, um „bet-sorgt“ zu sein, so ist das ein Beweis für die Unterhölzung unserer Wirtschaft. Sollte es soweit kommen, daß jeder Geschäftsinhaber Angestellter sein will, so hätten wir für die Um-menge der Lohnempfänger keine Lohnherzeuger. Das wäre der Wirtschaftstod!

Jedermann weiß, was eine Binzenwahrheit ist. Zu einer solchen gehört z. B. der Erfahrungssatz, daß der Privatmann und der Staat auf die Dauer wirtschaftlich nur gedeihen können, wenn sie mehr einnehmen als ausgeben. Eine Binzenwahrheit ist es ferner, daß man, wenn die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, zwar auf Pump leben kann, aber nur für eine gewisse Zeit: nämlich so lange, als man etwas gepumpt erhält. Eine dritte Binzenwahrheit ist es, daß der Krug so lange zu Wasser geht, bis er bricht, besonders, wenn das Wasser hinein „gepumpt“ worden ist. Und wenn man die Binzenwahrheiten mißachtet? Ja, dann geht man eben in die Binzen! Diese Erfahrung ist keinem Kassierer eines Großgeschäftes und keinem Finanzminister erspart geblieben. Sa.



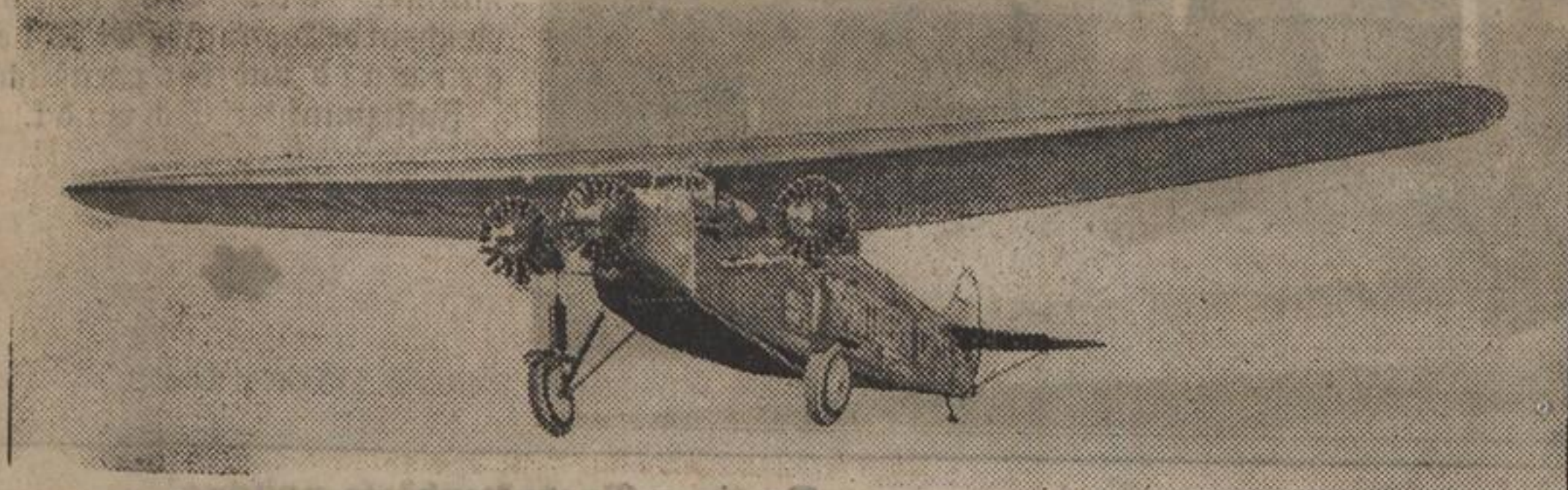
Bulsnitzer Tageblatt

Beilage zu Nr. 145

Mittwoch, 25. Juni 1930

82. Jahrgang

Neuer Ost-West-Flug



Das „Kreuz des Südens“, mit dem der englische Flieger Kingsford Smith von Irland nach Amerika gestartet ist, im Fluge.

Dublin. Zu einem Ost-West-Ozeanflug ist der australische Pilot Hauptmann Kingsford Smith am Dienstag von Port Larnock bei Dublin (Irland) gestartet. In seiner Begleitung befinden sich als zweiter Führer der holländische Flieger van Oyd, als Navigator der irische Hauptmann Saul und als Gunter John Stannage, ein Südafrikaner.

Kingsford Smith will das große Wagnis unternehmen, das bisher nur einmal dem deutschen Flugzeug „Bremen“ mit Hünefeld, Köhl und Fitzmaurice gelang. Smith hat bereits 1928 als erster den Stillen Ozean von San Francisco nach Australien überflogen. Sein Flugzeug besitzt drei Motoren, führt fast 6000 Liter Benzin mit, und will den Flug in 20-25 Stunden durchführen. Wie Kingsford Smith erklärte, soll das Flugzeug „Southern Cross“ („Kreuz des Südens“) dem sogenannten nördlichen großen Kreis-Kurs folgen bis nach Kap Race und von dort aus über das amerikanische Festland nach New York fliegen. Smith äußerte sich vor dem Start sehr optimistisch über die Aussichten seines Unternehmens und erklärte:

„Wir sind absolut sicher, daß unser Flug erfolgreich verlaufen wird.“

In Old Orchard wollen wir niedergehen, um neuen Betriebsstoff aufzunehmen.“ Die Besatzung der „Southern Cross“ führt eine Mitteilung des irischen Präsidenten Cosgrave an Präsident Hoover mit sich und erhielt als Talisman von der Gattin des irischen Generalkonsuls ein goldenes vierblättriges Kleeblatt geschenkt. Das Flugzeug „Kreuz des Südens“ befand sich bereits kurze Zeit nach seinem Start über dem offenen Ozean in schwerem Kampf

gegen widrige Winde. Die Mackey-Radiostation in Long Island fing einen Funkpruch von Bord des Atlantik-Flugzeuges auf, der besagte: „Flugzeug wird von heftigen Luftströmungen stark hin und her geworfen. See sehr rau. In Bord alles wohl.“

Nach Angaben des Leiters des amerikanischen Wetterbüros, Dr. James Kimball, ist die Wetterlage über dem Ozean für einen Ozeanflug äußerst ungeeignet.

Der Meteorologe sagte u. a.: „Ich habe Kingsford-Smith vor dem Start mitgeteilt, daß das Wetter nie schlechter gewesen ist, als gerade in diesen Tagen.“ Die Flieger werden auf dem größten Teil der Strecke mit starken Gegenwinden zu kämpfen haben. Bei der Annäherung von Cap Race und Sable Island werden sie außerdem schwere Nebelbänke antreffen. — Im Gegensatz zu den Wettermeldungen aus Amerika hatte das britische Luftfahrtministerium für den Flug gutes Wetter und gute Sicht auf der ersten Hälfte des Fluges vorausgesagt. Die Flieger würden nach dieser Voraussage zunächst auf leichten Nordwestwind stoßen.

Um 11 Uhr Greenwich-Zeit lief ein Funkpruch in New York ein. Kingsford Smith teilt mit, daß der Standort des Flugzeuges um diese Zeit 53,15 Grad Nord und 16,57 Grad West wäre. Die Stundengeschwindigkeit betrage 82 Meilen. In Bord alles wohl laut.

Auf die Nachricht von dem erfolgten Start des „Kreuz des Südens“ nach Amerika hatten sich zahlreiche Menschen auf dem Flugplatz von Old Orchard (Maine) eingefunden, um die Flieger zu erwarten. In Portland (Maine) wurden zwei amerikanische Flugzeuge bereitgehalten, die Reservetanks mit Benzin an Bord haben.

Die Aussprache über die Osthilfe.

Deutscher Reichstag.

182. Sitzung, Dienstag, den 24. Juni.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums wird fortgesetzt. — Abg. Freybe (Wirtsch.-P.) erklärt, die letzten Maßnahmen auf zollpolitischem Gebiet hätten leider nicht zu positiven Ergebnissen geführt. Man müsse nach anderen Mitteln suchen, um den Abfall der landwirtschaftlichen Produkte zu heben. Der Redner beantragt, daß den Erwerbslosen ein Teil ihrer Unterstützung in Form von Roggenbrotgutscheinen gegeben wird. Die Flucht vor dem Fett sei geradezu zu einer

psychologischen Seuche geworden. Es sei daher zu begrüßen, daß auf geleglichem Wege die Verarbeitung deutscher Fette bei der Margarinefabrikation durchgesetzt werden solle. In dem Osthilfegesetz sehe seine Partei einen ersten Schritt zur Lösung des Ostproblems, daß zu einem gesamtdeutschen Problem geworden sei. — Abg. Macho (Soz.) betont, daß die Sozialdemokratie dem kleinen Landwirt im Osten helfen wolle. Sie wende sich aber dagegen, daß die Osthilfe zu einer Subventionspolitik zugunsten der Großgrundbesitzer gemacht wird. Der Redner verweist besonders auf die Notlage der Stadt Breslau und empfiehlt eine Reihe produktiver Maßnahmen, um dem Osten Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. — Abg. Frhr. v. Rheinbaben

(DVP.) begrüßt das Osthilfegesetz und stimmt seinem Grundgedanken zu, daß die Landwirtschaft dabei in den Vordergrund gerückt werden muß. Die dem Entwurf beigegebene Statistik zeige deutlich, daß vor allem der bäuerliche Besitz von Zwangsversteigerungen betroffen sei.

Abg. Ranneburg (Dem.) erklärt, die Gesamtlage Ostpreußens sei überaus ernst, aber sie sei keineswegs hoffnungslos. Das Ostpreußenhilfegesetz vom Vorjahre entspringe der Initiative des demokratischen Ministers Dietrich. Die demokratische Partei sei zur aktiven Mitarbeit bereit, habe allerdings noch mancherlei Bedenken. — Graf zu Eulenburg (Dn.) wandte sich gegen die Halbheit mittelparteilicher Lösungen und betonte, daß man zunächst die Voraussetzungen zur Gesundung der Gesamtwirtschaft schaffen müsse. Unbedingt müsse gefordert werden, daß die Getreidepreise schon vor der neuen Ernte reguliert seien. Dringende Verabschiedung des Roggenbrotgesetzes sei zu verlangen.

Von den Kommunisten war inzwischen ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsernährungsminister Schiele eingebracht worden.

Minister Schiele

antwortete den Vorrednern. Er ging aus von der hohen Bedeutung des Ostprogramms und sagte, daß die praktische Durchführung im wesentlichen in der Hand der Provinzialkommissionen und der Landstellen liegen würde. Die sozialdemokratischen Streichungsanträge bekämpfte er. Eine Stützung der Viehmärkte sei durchaus notwendig. In der Gefrierfleischfrage sei festgestellt worden, daß vor der letzten gesetzlichen Regelung Abschlässe von nicht weniger als 30 000 Tonnen vorlagen. Sie seien auf 12 500 Tonnen reduziert worden. Wir hätten in Deutschland einen Ueberfluß von Rindfleisch. Es beständen keine Bedenken, zum 1. Juli die veterinärpolizeilichen Beschränkungen der Gefrierfleischzufuhr bald in Kraft zu setzen.

Dann wurde die Beratung des Haushalts durch die Abstimmungen

unterbrochen. Zunächst wurde der Haushalt des Innenministeriums in Angriff genommen. Es wurden eine Reihe zum Teil recht wichtiger Entschlüsse angenommen, über die Vorlegung der Reichsreform, über die Ausführung des Artikels 48, über Maßnahmen gegen den Kulturbolschewismus, über die Einführung einer allgemeinen Reichsangehörigkeit, über die Vorbereitung einer Kalenderreform, über die Vorlegung des Beamtengesetzes, gegen die Werbung für die Fremdenlegion. Ueber eine Entschlüsselung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, durch die der mehr und mehr anwachsenden Herabsetzung und Berächtigung des Religiösen entgegengetreten werden soll, mußte namentlich abgestimmt werden. Die Entschlüsselung wurde mit 237 gegen 177 sozialdemokratische und kommunistische Stimmen angenommen. Anschließend wurde einer sozialdemokratischen Entschlüsselung zugestimmt, die das gleiche besagt, nur daß an Stelle des Religiösen von den Weltanschauungen gesprochen wird. Die von den Kommunisten beantragte Aufhebung des Verbotes des Rotfrontkämpferbundes wurde abgelehnt. Eine deutschnationale Entschlüsselung, eine reichsrechtliche Regelung zugunsten der Unterbringung der aus Ostoberschlesien verdrängten Privatbeamten, Angestellten und Arbeiter zu treffen, wurde angenommen. Abgelehnt wurden die deutschnationalen Entschlüsselungen über die Aufhebung des Stahlhelmverbots sowie über die Zurücknahme der preußischen Maßnahmen gegen Kommunalbeamte wegen der Beteiligung am Volksbegehren.

Weitere angenommene Entschlüsselungen setzten sich für ein Reichsbühnengesetz, eine einheitliche Regelung der Schulklassen, die

Doktor Hella Welling auf der Anklagebank

ROMAN VON P. WILD

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

33
Fast spürbare Bewegung ging durch die Zuschauer. Sensationshungrige rissen in Erwartung kommender Ueberraschung die Mäuler auf, wie Raubtiere, die auf eine Delikatess warten.

„Doktor Lassen hält sich augenblicklich in Mexiko auf?“
„Ja, auf einer Schlangenfarm zwecks Studiums des Schlangengifts.“

„Ist Ihnen seine Adresse bekannt?“

„Augenblicklich nicht.“

„Woher? Hella Welling wurde noch bleicher.“

„Macht Doktor Lassen diese Studienreise auf Kosten des A.-G.-Werks?“

„Nein. Er hat nur Urlaub hierzu erhalten.“

„So macht er die Reise auf eigene Kosten?“

„Ja.“

„War sein Gehalt so groß, daß er die beträchtlichen Reisekosten in einem Jahre ersparen konnte?“

Sie biß sich auf die Lippen und schwieg.

„Oder haben Sie Doktor Lassen das Reisegeld voraestreckt?“

Sie senkte den Kopf wie unter einer Schuld und überlegte.

„Ich habe es ihm geliehen.“

„Wie hoch beläuft sich die Summe?“

„Auf dreitausend Mark.“

„Woher hatten Sie das Geld?“

„Ich habe es erspart.“

Kaum merkbar spielte ein ironisches Lächeln um den Mund des Vorsitzenden.

„Doktor Lassen hat die Reise erst nach Ihrer Rückkehr aus Capri angetreten?“

„Ja.“

„Also nachdem Sie in Besitz der Erbschaft der Baronin Malward gekommen waren?“

Sie zögerte, dann nickte sie zustimmend.

„Haben Sie Doktor Lassen häufiger Geld geborgt?“

„Darüber habe ich nie Buch geführt“, wehrte sie ab.

„Sind Sie mit Doktor Lassen verlobt?“

„In welchem Zusammenhang steht die Frage mit der Anklage?“

„Das zu beurteilen überlassen Sie dem Gericht, Fräulein Doktor Welling“, klang es ernst.

„War Ihre Vermögenslosigkeit der Grund, warum Sie nicht heirateten?“

Blitzschnell erfaßte sie den Hintergedanken der Frage.

„Nein, nein“, wehrte sie angstvoll ab und verstummte. Sie war außer sich. Also das war es: Man verdächtigte sie des Mordes um persönlicher, gemeiner Vorteile willen.

Ihre Hände ballten sich. In jähem Impuls sprühten Funken hellen Zornes aus ihren Augen. Sie hob die geballte Faust, als gelte es, sich gegen etwas Unsichtbares zu verteidigen. Matt, dumpf fiel sie auf die hölzerne Schranke der Anklagebank.

Der dumpfe Ton brachte sie zu sich. Verzweifelt blickte sie umher.

Stille. Der Vorsitzende hatte gespannt jede Bewegung ihrer Züge verfolgt, bemerkte ihre Erschöpfung und ließ ihr eine kurze Spanne Zeit zur Sammlung.

Weiter gliederte sich Frage an Frage.

„Kannten Sie Doktor Luntowsky vor Ihrer Abreise nach Capri?“

„Ja.“

„Seit wann?“

„Wir trafen uns einmal zufällig im Hause Malwards.“

„Doktor Luntowsky hat die Baronin Malward ärztlich beraten?“

„Ja.“

„Wie kam das?“

„Doktor Luntowsky war ein Freund des Malwardschen

Hauses. Als Frau von Malward einen plötzlichen Schwächeanfall auf dem Dampfer nach Capri erlitt, stand er ihr bei.“

„Und Doktor Luntowsky setzte die Behandlung in Capri fort?“

„Ja. Auf besonderen Wunsch der Frau von Malward. Doktor Luntowsky hatte eine besondere Art, sie zu beruhigen, und erzielte mit hypnotischer Behandlung beruhigenden Schlaf.“

„So, Herr Doktor Luntowsky hypnotisierte die Baronin. Wie kamen Sie denn dazu, ihr Schlafpulver zu geben?“

„Auf den besonderen Wunsch Doktor Luntowskys, der nur eine zweimalige hypnotische Behandlung für angemessen hielt, um dann die harmlosen Pulver zu empfehlen.“

„Wo haben Sie die Pulver gekauft?“

„Es ist eine Wertpackung, die ich bei mir führte.“

„Aus welchem Grunde hatten Sie eine solche Packung mitgenommen?“

„Ich leide bei Luftwechsel oft an Schlaflosigkeit.“

„Haben Sie ebenfalls von den Pulvern einige genommen?“

„Ja.“

„Wie bekamen Sie der Baronin Malward?“

„Vorzüglich, nachdem der erste Schlaf durch Hypnose erzielt war.“

„Wie erklären Sie sich denn die merkwürdige Wirkung der letzten Pulver, die scheinbar eine Art Erregungszustand hervorriefen?“

Schweigen.

„Sie geben diese Wirkung zu?“

„Ja.“

„Enthielten diese Pulver Gift?“

„Meines Wissens nach nicht.“

„In dem bei Ihnen vorgefundenen Pulver hat sich bei der Prüfung L.-O.-Gift gezeigt. Wissen Sie wirklich nicht, wie es hineingekommen ist.“

„Nein.“



Grenztheater im Osten die Erhaltung des Welfenschlages und der Hofratete-Büste ein.

Der Haushalt des Innenministeriums wurde in der Ausschussfassung angenommen; ein Antrag der Wirtschaftspartei, die Gesamtausgaben um 5 Prozent zu kürzen wurde gegen die Antragsteller und einige volksparteiliche Abgeordnete unter Führung des Abg. Cremer abgelehnt. Es folgten die Bestimmungen über den Haushalt des Ministeriums für die besetzten Gebiete. Zugestimmt wurde einer Entschliessung, in der der rheinischen Bevölkerung der Dank ausgesprochen, zugleich aber dem Schmerz Ausdruck gegeben wird, daß die neutralisierte Zone durch die Entmilitarisierung weiterhin entrechtet bleibe und daß das Saargebiet noch immer nicht dem Mutterland zurückgegeben wurde.

Anträge, die sich mit der Unterbringung der freierwerbenden Angestellten und Beamten beschäftigten, wurden angenommen. Dann wurde der Haushalt für die besetzten Gebiete erledigt. Beim Haushalt des Wirtschaftsministeriums wurden wieder nur zahlreiche Entschliessungen genehmigt. Sie behandeln Ausgabenlenkung und Verwaltungsreform, den Ausbau öffentlicher Versorgungswerke, die Zinslenkung, die Aenderung der Industriezölle, Bevorzugung deutscher Waren, die Wichtigkeit der Anlage deutschen Kapitals in der deutschen Wirtschaft und die Bekämpfung der Kapitalflucht. Der Zuschuß für die Leipziger Messe wurde in der Fassung der Ausschussbeschlüsse mit 400 000 Mark aufrechterhalten.

Es folgten die

Abstimmungen zur zweiten Beratung des Amnestiegesetzes.

Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten gegen den Amnestieantrag, durch den das Amnestiegesetz von 1928 auch auf die politischen Stüßungsdelikte ausgedehnt werden soll, sofern sie vor dem 1. Dezember 1924 begangen wurden und sich nicht gegen ein Mitglied der Reichsregierung richteten. Die Vorlage wurde in zweiter Beratung mit 231 gegen 182 Stimmen angenommen. Die dritte Beratung soll später stattfinden.

Das Haus legte dann die Ansprache zum Haushalt des Reichsernährungsministeriums fort.

Abg. Semeter (Deutschnational) verlangte, der Minister solle die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik grundlegend ändern. Dann vertagte sich das Haus auf Mittwoch 10 Uhr. Auf die Tagesordnung wurden neben dem Haushalt des Reichsernährungsministeriums der Haushalt des Auswärtigen Amtes und der deutsch-polnische Handelsvertrag gesetzt.

Börse und Handel.

Dresden. Die heutige Börse verkehrte in uneinheitlicher Haltung. Im allgemeinen überwogen leichte Rückgänge. Stark gedrückt verkehrten wieder Berliner Rindfleisch, die 5, und Niederchlema, die weitere 3 Prozent einbüßten; ferner lagen niedriger Darmstädter Bank, Industriewerte Blauen, und Vereinigte Photo-Genußscheine um je 3 Prozent, Reichsbank um 2 Prozent. Dagegen gewannen Blauen'scher Lagersteller gegenüber 21. Juni 9, Hoffmann Glas 3, Schubert & Salzer 2,50, Westener Dien, Meißner Dien und Rosenthal je 2 Prozent. Die übrigen Kursveränderungen lagen unter 2 Prozent. Von Renten zogen Reichsanleihe Altbesitz 0,3, Dresdener Stadtanleihe von 1928 0,5, Sprozentige Landeskultur-Anleihe, Serie IV 0,25, Sprozentige, Serie III 1 Prozent an, während Reichsanleihe Neubesitz 0,15 und Dresdener Stadtanleihe Altbesitz 0,1 Prozent einbüßten.

Leipzig. Die heutige Börse war unverändert ruhig. Im allgemeinen hielten sich die Kursveränderungen in engen Grenzen. Größere Verluste erlitten Leipziger Feuer, Reihe 3, mit 5, Riquet mit 4, Sachsenwerk mit 2,50 Prozent. Schönherr lagen 2 Prozent höher. Stadtanleihen etwas seichter. Freiverkehr still.

Ghemnitz. Die Tendenz der heutigen Börse war gut behauptet. Die meisten Werte wurden unverändert notiert. Eine Kleinigkeit höher lagen David Richter, Liebermann, Bank für Brauindustrie, Mimosa und Thüringer



Minister bei der Fronleichnamssfeier in Berlin.

An der diesjährigen Fronleichnamss-Projection in Berlin nahmen auch die katholischen Minister und Staatssekretäre teil. — Von rechts nach links stehend: Reichstanzler Brüning, Reichsinnenminister Dr. Birth, Reichsverkehrsminister von Guérard, Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald und der preussische Justizminister Schmidt.

Was; während Kaddeberger Bier, Triptis, Ubea, Commerz-Bank und Peniger Maschinen etwas nachgaben. Festverzinsliche Werte ruhig. Freiverkehr still.

Leipziger Produktenbörse. Inl. Weizen, 76 bis 77 Kilogramm, 309 bis 315; hiesiger Roggen, 72 bis 73 Kilogramm, 158 bis 162; Sandroggen 159 bis 163; inl. Sommergerste 180 bis 190; f. u. R., Wintergerste 159 bis 167; f. u. R., Hafer 150 bis 160; amerik. Mais 225 bis 230; Mais cinqu. 245 bis 255; Erbsen 240 bis 270.

Berliner Börse.

Zum ersten Male nach einer Reihe von Tagen, von denen jeder starke Kursverluste gebracht hat, konnte sich eine wesentlich bessere Stimmung herausbilden. Die Kursbesserungen bei den Spitzenwerten gingen bis zu 9 Prozent. Zurückzuführen ist dies in der Hauptsache darauf, daß kein Material mehr herauskam. Infolgedessen zeigte die Spekulation größeres Deckungsbedürfnis.

Berliner Schweine- und Ferkelmarkt (Magerviehhof in Friedrichsfelde). Amtlich. Auftrieb: 165 Schweine und 338 Ferkel. Verkauf: Langsam, bei weichen Preisen. Es wurden gezüchtet im Großhandel für: Käuferschweine 5-6 Monate alt 50-68; Ferkel, 3-4 Monate alt 35-50; Ferkel, 9-13 Wochen alt 28-35, 6-8 Wochen alt 25-28 Rm. per Stück.

Magdeburger Zuckernotierungen. Gemahl. Meis bei Liefer. Juli 26,95, August 27,10. Tendenz ruhig. Rohzucker: Tendenz stetig.

Berliner Schlachtviehmarkt. (Amtlich.) Auftrieb: 902 Rinder, darunter 147 Ochsen, 319 Bullen, 436 Kühe und Färjen, 2000 Kälber, 4818 Schafe, (439 zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt), 9335 Schweine (1734 zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt), 194 Auslandsschweine. Verkauf: bei Rindern infolge schwachen Auftriebs glatt, bei Kälbern ziemlich glatt, bei Schafen gute Ware glatt, schwere fette Schafe schwer veräußlich, bei Schweinen glatt. Preis: Ochsen a) 58-59, a2) —, b) 55-57, b2) —, c) 52-54, d) 47-50; Bullen a) 58-57, b) 54-55, c) 51 bis 53, d) 48-50; Kühe a) 44-49, b) 38-43, c) 33-37, d) 26 bis 30; Färjen a) 54-56, b) 50-53, c) 44-48; Fresser 40-48, Kälber a) —, b) 45-71, c) 55-65, d) 46-50; Schafe a) —, a2) 62-63, b) 55-60, b2) 37-42, c) 45-52, d) 38-37; Schweine a) 60-61, b) 61-63, c) 62-63, d) 62-63, e) 60-62; Sauen 53-54. (Ohne Gewähr.)

Berliner Produktenbörse unischer.

Der Markt lag bei dem unbeständigeren Wetter uneinheitlich. Die matten Auslandsdepechen waren nicht dazu angetan, das Preisniveau für Weizen zu halten. Bei gleichzeitig schlechtem Weizenmehlgeschäft gingen die Preise für Weizen auch hier zurück. Roggen prompt stetig. Angebot mäßig. Lieferungsnotierungen abgedruckt. Gerste still, Hafer uneinheitlich, Roggenmehl gefragt und stetig.

Ämtliche Notierung der Mittagsbörse ab Station Mehl und Kleie brutto einschl. Sad frei Berlin

Table with columns for 100 kg and 100 kg, and rows for various commodities like Weiz, Rogg, Gerste, etc. with prices for different months and types.

Berliner ämtliche Notierung für Viehfutter. Drahtgepreßtes Roggenstroh (Quadratballen) 1,00-1,15, do. Weizenstroh 0,85-1,05, do. Haferstroh 0,60-0,70, do. Gerstenstroh 0,60-0,70, Roggen-Langstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 0,85-1,05, bindfadengepreßtes Roggenstroh 0,70-0,85, do. Weizenstroh 0,60-0,70, Häckel 1,50-1,65, handelsübliches Heu, gefund und trocken, nicht über 30 Prozent Besatz mit minderwertigen Gräsern, neu 1,90 bis 1,70, gutes Heu, desgl., nicht über 10 Prozent Besatz, neu 1,90 bis 2,20, Luzerne, lose 2,40-2,70, Thymotee, lose, neu 2,40-2,60, Alceheu, lose 2,30-2,50. Drahtgepreßtes Heu 0,40 über Notiz. Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab märkischen Stationen, frei Waggon, für 50 Kilogramm in Reichsmark.

Berliner Butterpreise. Ämtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: 1. Qualität 138, 2. Qualität 128, abfallende Sorten 112. Tendenz fest.

Büdo für alle Schuhe

Doktor Hella Welling auf der Anklagebank

ROMAN VON P. WILD

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Sie bleiben bei der Behauptung, daß das Gift nicht von Ihnen stammt?“

„Wahrheitsgemäß kann ich keine andere Angabe machen.“

„Haben Sie Herrn Doktor Lumtowsky häufig gesehen? Und wann? Auf Capri vielleicht?“

„Dazu hatte ich kaum Gelegenheit, ich sah ihn nur als Arzt der Baronin.“

„Nach der Heimkehr haben Sie mit ihm korrespondiert?“

„Allerdings haben wir einige Briefe gewechselt.“

„Haben Sie keine Zusammenkünfte gehabt?“

„Verwundert sah Hella Welling auf.“

„Zusammenkünfte? Nein. Wir haben uns seit Capri zum ersten Male beim Gericht im Malward-Prozess wieder-gesehen, beide als Zeugen.“

„Standen Sie in keiner näheren Beziehung zu Doktor Lumtowsky?“

„Nein.“

„Doktor Lumtowsky hat Sie doch häufiger im Untersuchungsgefängnis aufgesucht?“

„Ja.“

„Als Arzt?“

„Nein, als Freund.“

Ein leises Rot färbte ihr blaßes Gesicht; langsam hob sie den Kopf wie unter einem Zwang. Ein helles Leuchten in seinen Augen dankte ihr für das Wort „Freund“.

Weiter ging das Verhör, immer weiter.

Wie Teufel trankten sich die Fragen in ihr Hirn, zermürbten es, bohrten sich darein, zerrissen es. Sie empfand eine seltsame Leere im Kopf...

„Ich kann nicht mehr.“

Ihr Anwalt hatte die flüsternden Worte vernommen, sah sie an und erhob sich:

„Keine Klientin ist nicht mehr in der Lage, der Verhandlung folgen zu können. Ich bitte um eine Pause.“

Das Gericht überlegte kurz und stimmte dem Antrage zu, denn Hella Welling war durchsichtig bleich geworden. Der Anwalt geleitete sie in den Nebenraum.

Er sprach eifrig auf sie ein, während sie vom Fenster aus auf den Hof sah. Mit jäher Bewegung bedeckte sie verzweifelt die Ohren mit den Händen:

„Schweigen Sie bitte, ich brauche dringend Ruhe, nur Ruhe.“

Erschrocken trat er zurück und atmete erleichtert auf, als Doktor Lumtowsky eintrat.

Der Russe betrachtete sie lange, dann nahm er ein Wasserglas vom Tisch in der Mitte des Zimmers, füllte es, fügte ein weißes Pulver zu und reichte ihr das Glas:

„Trinken Sie, denn Sie brauchen Kraft, gnädiges Fräulein.“

Schorsam leerte sie das Glas, dann führte er sie zu einem Stuhl und drückte sie mit sanfter Gewalt nieder.

Nur eine Minute und sie empfand ein spürbares Nachlassen des Druckes in ihrem Kopf, eine Entspannung der Nerven. Sie holte mit einem tiefen Seufzer erleichtert Atem und dankte Lumtowsky mit einem schwachen Lächeln:

„Sie sind ein Zauberer.“

„Fühlen Sie sich ein wenig besser?“

„Viel besser, Doktor. Haben Sie Dank!“

Der Anwalt hatte das Zimmer verlassen, sie waren allein. Da trat der Russe ganz nahe zu ihr:

„Fürchten Sie den Ausgang des Prozesses?“

„Ich weiß es nicht. Besser ein Ende mit Schreden als die dauernde Qual solcher Spannung“, gestand sie traurig.

„Ich bin mit meinen Kräften am Ende und habe keinen Willen zum Widerstand mehr.“

„Sie glauben, daß man Sie vernichten wird?“

„Ja. Alle Beweise sprechen gegen mich.“

„Ich aber weiß, daß Sie unschuldig sind.“

„Was nützt das?“ kam es bitter über ihre Lippen.

„Und wenn ich Ihre Unschuld beweise?“

Sie starrte ihn mit weit geöffneten Augen erschreckt an.

„Wie wollten Sie das tun?“

Hastig, ihren Einwand nicht beachtend, fuhr er flüsternd fort:

„Lassen Sie das meine Sorge sein, Hella! Zeit und Ort sind schlecht gewählt, doch einmal muß es über meine Lippen, einmal. Wer weiß, ob ich noch einmal Gelegenheit finde, Sie ungestört zu sehen: Hella, ich liebe dich, innig, tief, voll Ehrfurcht, wie der Sünder eine Heilige liebt“, flang es feierlich. „Was auch kommen mag, vergiß nie: Je größer die Liebe, desto größer das Opfer.“ Damit zog er sie an sich und drückte seine Lippen leicht auf die ihren.

Ein Schrei entfuhr ihr — sie stieß ihn zurück. Schon war er neben ihr. Ein tiefer, glodenartiger Ton war in seiner Stimme:

„Verzeihen Sie, daß ich mich vergaß. Es wird nie mehr geschehen; ich habe Sie erschreckt, das war unrecht von mir. Vergeben Sie und vergessen Sie nicht, Liebe ist Opfertum. Ich werde den Makel von Ihrer Ehre nehmen, den letzten Schatten eines Verdachtes zerstreuen. Hoherhobenen Hauptes sollen Sie den Gerichtssaal verlassen, stolz und frei. Wir aber verzeihen Sie und richten Sie mich gnädig.“

Hella Welling Zeit zu einer Antwort fand, war der Anwalt wieder eingetreten:

„Die Sitzung wird eröffnet. Wenn ich bitten darf, Fräulein Doktor.“

Hella Welling begriff sich selbst nicht. Ein leises Wunder war in ihr ob Lumtowskys Selbstameit; doch war sie über ihn nicht empört. Wie sonderbar seine Worte waren und seine Küsse! Es lag kein Begehren darin, sondern Verzicht. Er wußte, daß sie einen anderen liebte. Aus seinen Worten aber schöpfte sie frische Kraft und Hoffnung. Er hatte ihr versprochen, sie von jedem Verdacht zu befreien, und sie zweifelte keinen Augenblick daran, daß er sein Wort halten würde.

(Fortsetzung folgt.)